

demann erzählt, daß die Debatte plötzlich die Wendung nahm: die bevorstehende Kreditvorlage sei abzulehnen. Wenn der Reichskanzler nicht klipp und klar seine Kriegsziele angebe und feste Versprechungen über die innere Neuordnung mache. Am Abend dieses Tages waren David, Ebert und Scheidemann zum Reichskanzler Bethmann-Hollweg geladen. Ueber das Ergebnis der Unterredung erzählt Scheidemann: Wir hatten den Eindruck, daß Bethmann die Lage als rettungslos ansieht und unter allen Umständen Schluß machen will. Er schien sogar bereit, Elsaß-Lothringen wenigstens teilweise zu opfern wenn dadurch der Friede herbeigeführt werden kann. Ich sprach im Verlauf der Unterhaltung von dem Lebensmittelmangel, die zur Hungernot geworden sei; von den schlechten Ernteausichten, den Streiks, Krawallen und von der Unmöglichkeit, einen vierten Kriegswinter auszuhalten. Auch David, der im Parteiausschuß noch sehr wader im Sinne des Ausschusses, wenn es unbedingt erforderlich sei, gesprochen hatte, schilberte grau in grau. Der Reichskanzler war ersichtlich kleiner geworden. Er bat uns, ihm schnellstens eine Denkschrift zu übermitteln, die ihm nützlich sein werde, als wenn er unseren Vortrag rekapitulieren: Sie sind ja beide Schreibgewandt, machen Sie die Denkschrift schnell! — Ich: Gut, genügt es, wenn Sie dieselbe am Sonnabend bekommen? — Er: Nein nein, ich muß sie am Donnerstag schon haben; spätestens um 6 Uhr abends, denn um 7 Uhr reise ich ins Hauptquartier. — Wir sagten zu und gingen.

Am 30. Juni spitzte sich die Sache zu. Die sozialdemokratischen Führer waren bei Helfferich, verlangten klare Kriegsziele. Zustimmung zu den Verfassungsänderungen, Wahlrechtsreform. Scheidemann erzählt: Als sei ein Geheiß durch den Saal gehuscht, guckten mich die Regierungsgesandten an, als ich ganz ruhig bemerkte — bei der Frage des heftigsten Friedensschlusses — wenn der Reichskanzler, der mir gewiß noch schäme, morgen ginge, so würde das den Frieden auch erleichtern! Ich sehe voraus daß ein besserer kommen müßte. Keiner sagte einen Ton, denn das hatten sie wohl begriffen, daß meine Bemerkung im Grunde genommen hieß: Ihr alle müßtet Blag machen für Männer ohne Vergangenheit in diesem Kriege. Am 3. Juli war man wieder bei Bethmann-Hollweg, der im Großen Hauptquartier nichts erreicht hatte und erklärte, es gehe nicht an, sich öffentlich auf eine Formel festzulegen. Man verhandelte den ganzen Tag über mit den Staatssekretären. Am 4. Juli kommt es zur Session im Hauptauschuß. Scheidemann schreibt: Ausführungen, die Ebert und Kossel in diesen Tagen gemacht haben, hatten, so wurde in der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, Erzberger schließlich dazu geführt, die Konsequenzen zu ziehen, die ihm dann — fälschlicherweise! — den Ruf eingetragen haben, der Vater der Friedensresolution zu sein. Das Verdienst Erzbergers bestand darin, daß er als der erste bürgerliche Abgeordnete sich endlich entschloß und offen zu dem Standpunkt der Sozialdemokraten in der Friedensfrage bekannte.

Scheidemann hatte bis dahin dem Hauptauschuß nicht angehört. Sein Freund, der Frankfurter Abgeordnete Hermann Wendel, räumte ihm sofort seinen Platz ein, damit Scheidemann den wichtigen Verhandlungen im Hauptauschuß bewohnen könne. Zum ersten Mal erfährt man nun etwas über die berühmten interfraktionellen Verhandlungen vom 6. Juli, die Scheidemann ausführlich wiedergibt: Erzberger sprach noch einmal über seinen Vorschlag: Friedensbereitschaft wie am 4. August 1914 und kein anderes Ziel: Verteidigung. Von Reichshofen herant, daß diese Frage nicht erörtert werden könne, ohne daß gleichzeitig ein Personenwechsel eintrete. Einen Frieden zu machen mit Bethmann-Hollweg und Zimmermann werde das Ausland ablehnen. Erzberger will sich darüber nicht äußern. Stresemann: Wir sind kompetent auch einen Wechsel im Personal zu verlangen. Sündenrum ist der gleichen Ansicht. So thein ebenso. Erzberger schildert nun die zweideutige Art, in der die deutsche Regierung Wilson behandelt hat, der bereit gewesen sei, Ende vorigen Jahres eine intensive Friedensvermittlung zu unternehmen. Er habe schließlich Verneufort geradezu hinausgeworfen. Im weiteren Verlaufe sprachen von Bayer, Erzberger und von Reichshofen von Personaländerungen. David verlangte ganz im Sinne der Fraktion eine deutsche Erklärung, wie sie der russische Arbeiter- und Soldatenrat formuliert hat. Callier wünscht, daß in der gemeinsamen Erklärung etwas über Elsaß-Lothringen gesagt wird. Man solle verlangen, daß Elsaß-Lothringen ein autonomer Bundesstaat im Rahmen des Reichs werde. Stresemann hält seine grundsätzliche Auffassung über die flandrische Affäre, Kurland usw. aufrecht; er gibt seine entsprechenden Pläne aber auf, weil er nicht mehr glaubt, daß deren Durchführung möglich ist. Uebrigens sei es selbstverständlich, daß weder er noch ein anderer — wenn er nicht auf dem Boden der Erklärung stehe — in ein parlamentarisches Ministerium eintreten könne. Es bestehe jetzt tatsächlich die Gefahr, daß alle Neutralen gegen uns Front machen könnten, weil sie der U. Bootkrieg dazu zwingt. Eine Erklärung, wie die projektierte, erscheine ihm nicht zeitgemäß. Sie erscheine ihm direkt gefährlich angesichts der russischen Offensive. Diese habe Erfolge gehabt, die in Paris ungeheuerlich gefeiert wurden. Er möchte gern wissen, wie wir Sozialisten zu der Frage: Können wir Kurland auf dem Wege der Verständigung bekommen? — David weist auf unser Stockholmer Memorandum hin. — Callier: Wir können erklären, was wir wollen, das Ausland glaubt nicht daran, wenn wir nicht einen Personenwechsel bekommen. — An dieser Stelle brechen Scheidemanns Erinnerungen diesmal ab.

Hölz und die Kommunisten.

Die von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim herausgegebene kommunistische Arbeiterzeitung, die bekanntlich den revolutionären Krieg propagiert, stellt fest, daß der Räuberhauptmann Hölz zur kommunistischen Arbeiterpartei gehöre. Sie vertritt den Standpunkt, Hölz sei als kriegsführende Macht zu betrachten: Da nach der feigen Flucht der Reichsregierung in Wahrheit eine Zentralregierung nicht bestand und Hölz in seinem Territorium tatsächlich die Macht in Händen hatte, war er nach den gültigen staatsrechtlichen Begriffen in diesem Territorium Regierung und deshalb auch in der Lage, Steuern zu erheben. Wenn dann eine auswärtige Truppenmacht sich gegen ihn und seine Truppe in Bewegung setzte, so war damit der Kriegszustand geschaffen, und aus diesem tatsächlichen Zustand ergaben sich gewisse Kriegsnöwendigkeiten. — Als solche Kriegsnöwendigkeiten werden die Brandstiftungen des Hölz bezeichnet. Entsprechend dieser Auffassung hat eine Bezirkskonferenz der kommunistischen Arbeiterpartei folgende Resolution angenommen:

Wir sehen in dem Genossen Hölz und seinen Getreuen im Vogtland durch ihr revolutionäres Handeln inmitten einer nach dem Blute des Proletariats kühnen Militärkamarilla hervorragende Vorkämpfer des Proletariats und drücken ihnen hiermit unser volles Vertrauen aus.

Die Herren Laufenberg und Wolffheim, die mit der Militärkamarilla keineswegs so schlecht stehen, wie diese Resolution vermuten läßt, bedürfen auch diesen Anlaß, ihren feindseligen Brüdern von der kommunistischen Zentrale (Spartakusbund) die schwersten Vorwürfe zu machen, weil sie Hölz ausgeschloffen und damit der sächsischen Regierung ein Argument geliefert hätten, seine Auslieferung zu verlangen.

Keine politische Meldungen.

Wann wird Frankfurt geräumt? Neuter verbreitet eine Pariser Meldung, wonach eine Räumung Frankfurts durch die Franzosen nicht stattfindet. Die Times versehen ein Telegramm ihres Berliner Korrespondenten, die deutsche Regierung erwarte die Räumung Frankfurts für kommende Woche, mit dem Jubel, daß zu einer Räumung Frankfurts noch kein Grund vorliegt.

Nahmlegung des Luftverkehrs in Deutschland. In Erfüllung des Friedensvertrages, der auch unsere Luftflotte dem Feinde überantwortet, hat die Entente-Kommission eine Bestimmung getroffen, die zur Folge hat, daß vorläufig jeder Luftverkehr in Deutschland lahmgelegt wird. Sie hat namentlich bestimmt, daß innerhalb der nächsten drei Monate kein Flugzeug aufsteigen darf, das Kriegsdienste getan hat oder während des Krieges erbaut worden ist.

Entlassung von 250 höheren Beamten. Die Untersuchungskommission über die Mißgeschickte am Rapp-Putsch hat der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung die Entlassung bzw. Jurisdispositionierung von mehr als 250 Reichs- und Staatsbeamten in gehobener Stellung vorgeschlagen. Die Arbeiten der Untersuchungskommission sind noch nicht abgeschlossen.

Kein Ermittlungsverfahren in der Erzberger'schen Steuerangelegenheit. Oberstaatsanwalt Krause in Berlin teilt mit: Die Nachricht, es schwebte in der Angelegenheit der Erzberger'schen Steuererklärung ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft I, Berlin, ist irrig. Zur Einleitung der Untersuchung ist es auch bei der Staatsanwaltschaft III nicht gekommen. Die Staatsanwaltschaft darf nur dann eingreifen, wenn das zur Untersuchung und Entscheidung zuständige Finanzamt die Vorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abgibt. Eine solche Abgabe ist bisher noch nicht erfolgt.

Ende der Militäraktion im Ruhrgebiet. Die Militäraktion gegen das Ruhrgebiet ist durch die Zurücknahme der Reichswehrtruppen beendet. Das Reichswehrtruppenkommando Münster gab Befehl, sämtliche Formationen bis 14. Mai in ihre Heimatgarnisonen zurückzuführen. Die gesamte Waffenabgabe hat drei Maschinengewehre und 16 500 Handfeuerwaffen nicht überschritten.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Der Baseler Anzeiger meldet aus Paris: Nach einer amtlichen Mitteilung an die Abgeordneten der Champagne wird ein Drittel des von der deutschen Kriegsführung zerstörten französischen Gebiets am 1. September wieder hergestellt sein. Für die von Deutschland nicht gelieferten Arbeiter sind bis 1. April zu Lasten der Wiederaufbauung durch Deutschland 2 1/2 Milliarden Franken vorausgibt worden.

Scharfe Haltung der neuen dänischen Regierung. Aus Berlin meldet man der Frankfurter Zeitung: Die deutsche Reichsregierung hatte der dänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, einen Gegenseitigkeitsvertrag über den Schutz der Minderheiten in Schleswig abzuschließen. Der Vorschlag ist von der neuen dänischen Regierung scharf abgelehnt worden. Damit kommt zum Ausdruck, daß die jetzt in der dänischen Regierung vorherrschende Stimmung zu einem friedlichen Ausgleich, der von Deutschland angestrebt wird, nicht geneigt ist.

Der polnische Generallstreik in Oberschlesien. Ueber den für gestern angelegten Generallstreik erfahren wir, daß im ober-schlesischen Zentralkohlenrevier die Zahl der Ausständigen 60—60 Prozent, im Rybniker Revier 80—75 Prozent beträgt. Die deutschen und deutsch gesinnten Arbeiter erschienen vollständig zur Arbeit. Aus Rattowitz wird gemeldet: 65 Prozent der Industriearbeiter von Oberschlesien feiern Infolge der Generallstreikparole.

Ungarn gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages. Wie in parlamentarischen Kreisen Budapests verlautet, hat die Regierung einstimmig beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu vermeiden. Sollte die Entente auf der unveränderten Annahme des Friedensvertrages bestehen, so wird die jetzige ungarische Regierung zurücktreten und Graf Apponyi mit der Bildung eines großen nationalen Kabinetts betraut werden.

Die Autonomie Südtirols. Der Secolo meldet aus Rom: In der Sitzung des Ministerrats am 6. d. M. wurde der nationalen Autonomie Südtirols zugestimmt. Die deutsche Sprache soll in dem abgetretenen Gebiet, mit Ausnahme des Trentino, der italienischen Sprache gleichgestellt sein.

Militärabzicht des Sultans. Weckly Dispatch meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan, der Kronprinz und die Regierung für den Fall, daß die Türkei durch den Friedensvertrag Thracien und Smyrna verlore, mit ihrer Militärtruppe droht. Die Vorkonferenz hat beschlossen, den türkischen Delegierten einen Monat Zeit zu Beantwortung des Vertrages zu gewähren, der ihnen am 11. Mai übergeben wird.

Roosevelt — künftiger amerikanischer Präsident? Schweizerische Blätter aus Washington berichten, hat die vor dem konservativen Flügel der republikanischen Partei in der Vorbergründung geschobene Kandidatur des Senators Roosevelt für die Präsidentschaft in den letzten Tagen ungeheure Fortschritte gemacht. Wenn man gewissen Anzeichen trauen darf, können ihn die Wahlen im November sehr wohl ins Weiße Haus bringen.

Stadt Mexiko von den Revolutionären genommen. Mexikanische Revolutionäre haben, wie aus der texanischen Grenzstadt El Paso gemeldet wird, die Stadt Mexiko genommen. Es bestätigte sich, daß Carranza nach Veracruz geflohen ist. Ueber den Streitkräften Villas haben vier weitere Garnisonen den Revolutionären angeschlossen.

Von Stadt und Land.

Mai, 11. Mai 1920.

Einheitsbund sächsischer Unternehmer. Nach bereits in der Presse erschienenen Mitteilungen hat sich der Einheitsbund in seiner Hauptversammlung vom 8. Mai 1920 als Gewerkschaft der deutschen Unternehmer gebildet, welche die Interessen derselben wie ihrer beruflichen Vertreter und der ihnen nahestehenden Erwerbszweige wahrnehmen soll. In diesem Sinne bildet auch der Landesverband Sachse des Einheitsbundes im Rahmen des Gesamtverbandes von jetzt an den Einheitsbund der sächsischen Unternehmer für Handwerk, Handel und Industrie unter entsprechender Fühlungnahme auch mit der Landwirtschaft. Die Geschäftsleitung des Einheitsbundes bleibt bei der des Landesverbandes Sachse des Einheitsbundes. Diese macht darauf aufmerksam, daß in Presseberichten über die Hauptversammlung des Einheitsbundes insofern ein Mißverständnis enthalten ist, als der Vorsitzende Geheimrat Rieber nicht erklärt hat, daß er die Möglichkeit einer internationalen Sozialisierung für gegeben erachte, sondern der Einheitsbund steht nach wie vor, auf dem Standpunkte, daß er eine allgemeine Durchführung der Sozialisierung überhaupt nicht für durchführbar halte. Für Deutschland allein ist sie aber um so mehr unmöglich, als das Ausland in seiner überwiegenden Mehrheit der Frage der Sozialisierung feindlich gegenübersteht und Deutschland vom Weltmarkt abhängig ist.

Neue Jugungsverbindungen. Von gestern, den 10. Mai ab verkehren neu auf der Linie Grünstädtel — Oberreitersgrün und zurück nur an Werktagen außer am Markttag vor Sonn- und Feiertagen: Zug 5508 a ab Grünstädtel 4,40 nachm., an Oberreitersgrün 5,25 nachm., Zug 5509 a ab Oberreitersgrün 5,40 nachm., an Grünstädtel 6,28 nachm., Zug 5510 a ab Grünstädtel 6,50 nachm., an Oberreitersgrün 7,35 nachm. Die Züge fahren 3. und 4. Klasse. Vom gleichen Tage ab verkehrt neu von Schwarzenberg bis Scheibenberg an Werktagen außer am Markttag vor Sonn- und Feiertagen Personenzug 1958 a. Ab Schwarzenberg 4,20 nachm., an Grünstädtel 4,28, ab 4,29, an Ralschau 4,34 ab 4,35, an Mittweida-M. 4,40, ab 4,41, an Scheibenberg 5,01 nachm. Der Zug fährt nur Wagen 4. Klasse. Weiter verkehrt Personenzug 1963 ab Annaberg 5,12 nachm., an Zwickau 8,20 nachm., von Schwarzenberg bis Aue ab 10 Mai drei Minuten später.

Milchverteilung auch die Heilsarmee. Nachdem die Heilsarmee seit 9 Wochen in Berlin an 20 000 Rinder jede Woche eine Büchse bester kondensierter Milch verteilt, will sie dieses Hilfswerk auch auf Sachsen ausdehnen. Mit dem Wirtschaftsausschuß sind bereits die notwendigen Abmachungen getroffen und die städtischen Behörden haben das Angebot mit Freuden angenommen. Die Auswahl der Rinder erfolgt durch die Schulärzte und es ist beabsichtigt, vorläufig 1000 Rinder zwölf Wochen hindurch mit wöchentlich einer Büchse Milch zu versehen.

Nicht mehr Briefträger, sondern Postkassierer. Die neuen Amtsbezeichnungen der planmäßigen Beamten der Reichspost sind nun durchgeföhrt worden. Es gibt jetzt weder Briefträger noch Landbriefträger mehr im Deutschen Reich, sie heißen Postkassierer. — Den Vorsitzern der Ober-Postdirektion ist die Amtsbezeichnung Präsident beigelegt worden.

Lebensmittel für Aue am Mittwoch, den 12. Mai: Auf die Bezirkslebensmittelliste, Abschnitt O 3, 125 g Marmelade zum Preise von 1,55 M. — Von Dienstag oder Mittwoch ab erhält jede Person eine Sondergabe von 5 Pfund Kartoffeln auf Abschnitt M der roten Warenkarte. Das Pfund kostet 40 Pf.

Fahrrad Diebstahl. Gestern nachmittag in der fünften Stunde wurde vor einem Hause in der Schwarzenberger Straße ein Fahrrad gestohlen, dessen Marke und Nummer unbekannt sind. — Es gibt immer noch Vertrauensfelle, denen die Warnung fremd zu sein scheint, daß man heutigen Tages auf sein Eigentum Obacht haben muß, wenn man es nicht einbüßen will.

Sport und Spiel.

s Turnfahrt. In der Monatsversammlung des Allgemeinen Turnvereins (D. T.) wurde einstimmig beschlossen, auch in diesem Jahre am Himmelfahrtstage die übliche Turnfahrt zu unternehmen. Da man auch jetzt noch nicht große Ansprüche an den Brotbeutel stellen kann, muß man leider von einer ganzjährigen Wanderung absehen. Früh 1/8 Uhr stellen im Bürgergarten, von da aus Wanderung längs des Flößgrabens nach der Prinzenböble. Dort kurze Rast. Weiter führt der Weg nach der Weiserlei zurück über Alberoda. Gegen Mittag wird man wieder am Ausgangspunkte angelangt sein. Alle Mitglieder des Vereins werden gebeten, bestimmt an dieser Wanderung teilzunehmen.